

Grün: ein Lebensgefühl

Der Einzug der Grünen in den Stuttgarter Landtag wurde fast als Sensation empfunden, auch wenn bereits am Tag nach der Wahl viele es nicht mehr wahrhaben wollten. Es gab Signale und Vorboten: den Erfolg bei den letzten Landtagswahlen in Bremen, die 4,5 Prozent in Baden-Württemberg bei den Europawahlen, bei allerdings extrem niedriger Wahlbeteiligung; aber es waren bei den ersten seit gut drei Jahren politisch bundesweit hervortretenden Bewegungen der Umweltschützer und Grünen auch hinreichend Schwächezeichen zum Vorschein gekommen. Der *bundesweite Zusammenschluß* kam nur unter Hängen und Würgen zusammen. Allgemein wurde angenommen, die Veränderung der außenpolitischen Situation durch die Afghanistankrise habe Umweltschutz- und Kernkraftgegner in den Hintergrund gedrängt. Das demoskopische Gesamtbild signalisierte unmittelbar vor den Wahlen nur noch 4 bis 4,5 Prozent.

Obwohl das Gesamtergebnis so hoch über dem prognostizierten auch wiederum nicht liegt, und die Tatsache, daß die Grünen seit der baden-württembergischen Wahl wieder Tagesgespräch geworden sind, mehr im Überspringen der magischen Grenze der 5-Prozent-Klausel als am politischen Gewicht ihrer sechs Abgeordneten und ihrer 241 000 Wähler liegt, so sind doch *zwei Gesichtspunkte* an dem Ergebnis interessant: Einmal gewiß das von allen hervorgehobene Faktum, daß die Grünen ihre Hochburgen in den Universitätsstädten haben und vorwiegend von Jungwählern gewählt werden (bis zu 20 Prozent bei den 18- bis 24jährigen). Zum andern ist trotz der enormen Unterschiede von Wahlkreis zu Wahlkreis nicht zu übersehen, daß sich die grüne Bewegung im ganzen Land insoweit durchgesetzt hat, als sie nirgends unter 3 Prozent blieb. Es ist also sicher keine

Bewegung, die ihr Reservoir vornehmlich nur in der Schüler- und akademischen Jugend hat. Auch wäre es zu kurz gegriffen, darin nur eine zusammengewürfelte Gruppierung von Ökologen, Wachstumsgegnern und Anthroposophen zu sehen. Dazu ist die Wählerbasis doch wohl schon zu breit geworden.

Erste Analysen bestätigen einige Grundschemata und widerlegen andere. Der Anteil der Grünen war bedeutend schwächer in Gegenden mit ausgeprägter Arbeiterbevölkerung, aber relativ hoch in Gebieten von vorwiegend mittelständischer Prägung, während in Gegenden mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung eine sehr ausgeglichene Resonanz der Grünen zu beobachten ist. Auch hat das Wahlergebnis als ganzes die langgehegte Vermutung widerlegt, Gewinne der Grünen würden vor allem den *Freien Demokraten* zu schaffen machen. Hauptverlierer zugunsten der Grünen war ja die in Baden-Württemberg ausgesprochen ökologiefreundliche SPD. Aber es wurde auch deutlich, daß die Grünen, wenn auch unterschiedlich viel, Zuzug aus dem Wählerreservoir aller Parteien erhielten.

Schon die aus der *Sozialstruktur der Wählerschaft* gewonnenen Daten und die Analyse der Stimmenwanderung zwischen den Parteien zeigt, daß sich die Wählerschaft der Grünen nicht einfach irgendeiner speziellen Sondergruppierung in der Bevölkerung zuweisen läßt. Auch wird man vorsichtig sein müssen mit der Etikettierung durch einfache Vokabeln: Partei der Protestwähler, der Wachstumsgegner, der Kernkraftgegner usw. Sicher ist wohl, daß der politische aktive Kern sich aus Angehörigen ökologischer Bewegungen und der Kernkraftgegner zusammensetzt. Aber insbesondere der hohe *Anteil der Grünen bei den Jungwählern* spricht dagegen, daß vorwiegend nur diese Gesichtspunkte

maßgebend waren. Zutreffender wäre vielleicht schon die Deutung der „Grünen“ als Protestwähler. Aber Protestwähler gegen was? Sicher Protest von sog. Wertkonservativen gegen eine Politik nichtinterfragten Wachstums oder das, was sie dafür halten. Protest aber wohl noch mehr, insbesondere bei den Jungwählern, gegen die „etablierten“ Parteien, die sie für den wenig attraktiven, in seiner Pseudopolarisierung unredlich wirkenden politisch-parlamentarischen Stil verantwortlich machen.

Es mag also durchaus sein, daß die Unzufriedenheit mit dem vorhandenen Spektrum politischer Parteien und Gruppierungen ein Stück weit die Attraktivität der „Neuen“ ausmacht. Daraus zu folgern, die Grünen hätten ihren Erfolg mehr noch als ihrem ökologischen Programm jugendlichen Protestwählern zu verdanken, wäre aber vermutlich auch wieder verfrüht. Eher ist es wohl so, daß die Grünen dadurch zu einer Bewegung von Jungwählern geworden sind, daß sie Bedürfnisse, die bei Jungwählern besonders ausgeprägt sind, und das Lebensgefühl, das sich unter Jugendlichen gegenwärtig ausprägt, in besonderer Weise anzusprechen vermögen bzw. vermocht haben.

Ist dieses Lebensgefühl aber so durchgehend von Protest oder gar vom Ausflippen gekennzeichnet? Bei den Jungwählern zwischen 18 und 24 insgesamt gewiß nicht. *Helmut Schelsky*, immer fix bei der Klischierung von Trends in der jungen Generation, hat zwar erst vor kurzem von einer „secessionistischen Jugendgeneration“ gesprochen, die gekennzeichnet sei von einer Welle sinnloser Ausbruchversuche aus dem modernen Wohlfahrtsstaat. Das mag für einen geringen Teil der Jugend durchaus zutreffen, wie auch der Wille zum Protest zutrifft, insgesamt aber scheint die gegenwärtige Jungwählergeneration weder dem secessionistischen Muster zu folgen noch die Rolle der Protestpartei zu übernehmen.

Die entscheidenden Kennzeichen scheinen vielmehr zu sein: *Politisch* eine eher stille Distanzierung vom parlamentarischen System bzw. von den Formen, in denen sich dieses parteipolitisch darstellt, verbunden mit einem erkennbaren Rückzug auf den eigenen Lebensraum, also auf lokale und regionale Probleme, von denen man konkret betroffen ist und wo man seine partizipatorischen Chancen im Sinne der Mitgestaltung in konkretisierbaren und in sich anschaulichen Aufgaben sieht. *Gesellschaftlich* keineswegs ein breit gestreutes Ausflippen aus den Lebensverhältnissen der Erwachsenen bzw. der Generation der Eltern, sondern ein weitgehend identisches Verhalten wie bei der älteren Generation, allerdings mit dem bedeutenden Unterschied eines wesentlich legeren Umgangs mit den Errungenschaften von Wohlstandsgesellschaften. Schließlich ein *Lebensgefühl*, das seine Chance vorwiegend im privaten Raum sucht, aber auch von einem ausgeprägten Bedürfnis nach mehr Mitmenschlichkeit innerhalb dieses Raumes geprägt ist. In der Distanziertheit zu den politischen Großstrukturen und im Rückzug auf den persönlich-privaten oder örtlichen Bereich scheinen die Kreuzungspunkte zu liegen, in denen die Befürworter und Vorkämpfer der

ökologischen Bewegung sich mit dem bei der jungen Generation ausgeprägten Lebensgefühl und Lebensstil treffen. Ein Hauch von Basisdemokratie gehört da ebenso dazu wie eine möglichst heilgehaltene Umwelt und ein Schein von Bedürfnislosigkeit inmitten eines zur Leistungslast werdenden materiellen Überflusses. Was da zusammentrifft, ist durch und durch bürgerlich, und (trotz „linker“ Einsprengsel) ebenso konservativ wie apolitisch.

Es ist zu vermuten, daß dies eine zu geringe Basis für eine auch nur mittelfristige Stabilisierung der Bewegung ist. Wichtiger aber als die Frage, wie zukunftsträchtig dieses Amalgam aus ökologischer Bewegung und einem sich ausbreitenden Lebensgefühl in der jungen Generation ist, bleibt der Umstand, daß nicht nur in der Generation der Jungwähler das Verständnis für politische Großstrukturen, die, weil schwer durchschaubar, von vornherein unter das Verdikt der Inhumanität oder wenigstens der Unredlichkeit geraten, abzunehmen scheint. Wenn dieser Trend, der gewiß nicht nur ein Jungendtrend ist, sich fortsetzen würde, müßte sich alsbald von da und nicht von dem so fürchterlich überschätzten Radikalenproblem her die Frage nach der Zukunft des parlamentarischen Systems stellen. D. S.

nen Studenttags, den die Bischöfe auf der Frühjahrsvollversammlung jeweils der Vertiefung eines aktuellen Problems widmen. Das genaue Thema hieß: „Der Wandel der gesellschaftlichen Wertvorstellungen – sittliche und rechtliche Problematik“. Zu seiner Durchführung hatten die Bischöfe als Referenten erstaunlicherweise nicht nur keine Soziologen, die sich ja ex professo mit den empirischen Daten gesellschaftlichen Wandels auseinandersetzen haben, eingeladen, sondern auch keine Ethiker und Moraltheologen. Die beiden Referate, die demnächst als Broschüre veröffentlicht werden sollen, hielten Verfassungsrechtler: Verfassungsrichter a.D. *Willi Geiger* und der Regensburger Staatsrechtler Prof. *Otto Kiminich*. Damit ergab sich von selbst eine *starke Bezogenheit des Gesamtthemas auf verfassungsrechtliche Perspektiven*, und die rechtliche Problematik hatte nicht nur entscheidenden Vorrang vor der gesellschaftlichen, sondern die sittliche Fragestellung blieb weitgehend eingeschränkt auf den Wertwandel im Rechts- und Verfassungsgefüge des Staates.

Willi Geiger setzte sich vor allem mit dem von ihm signalisierten Wandel zentraler Begriffe des Verfassungsrechts auseinander. Seine Grundthese: zentrale *Verfassungsbegriffe* würden gegenwärtig grundlegend anders interpretiert, als sie der Verfassungsgeber ursprünglich verstanden habe. Geiger bezog diese These insbesondere auf den Demokratiebegriff, aber auch auf das Verständnis von Ehe und Familie, auf den Begriff des Gewissens, aber auch auf den des Rechts, der Freiheit, des Eigentums usw. Dabei entwickelte Geiger Perspektiven, die in ihrer analytischen Klarheit imponierten, wenn sich auch die Frage stellt, ob durch die gedankliche Zuspitzung der diversen Zeitübel diese nicht eine überdimensionale Gestalt erhielten. Es gab im letzten Jahrzehnt sicher so etwas wie eine *Umfunktionalisierung des Demokratiebegriffs*, indem Demokratie nicht primär als konkrete Verfaßtheit des Staatswesens, sondern als noch zu leistender Verfassungsauftrag interpretiert und damit auf alle gesellschaftlichen Sachbereiche

Bischöfe: nochmals Grundwerte

Die deutschen Bischöfe hatten seinerzeit mit ihrer Grundsatzerklärung „Gesellschaftliche Grundwerte und menschliches Glück“ (1976) nicht nur eine vielbeachtete Grundwertediskussion mitausgelöst, sondern haben diese auch später intensiv begleitet und durch mehrere weiterführende Erklärungen zusätzlich forciert. Genannt seien nur die Erklärung von 1977 „Grundwerte verlangen Grundhaltungen“ und die mit dem Rat der EKD gemeinsam herausgegebene Erklärung vom vergangenen Jahr „Grundwerte und Gottes Gebot“. Gerade in den beiden zuletzt genannten Erklärungen war zugleich ein Trend erkennbar, das

Thema Grundwerte von der abstrakten Ebene rechtsphilosophischer und verfassungstheoretischer Prinzipien etwas herunterzuholen in den gesellschaftlichen Alltag und ihn durch die *Formulierung konkreter sittlicher Imperative* als Forderungen an den einzelnen wie an die gesellschaftlichen Institutionen als für das Gesamtfeld von Staat und Gesellschaft Verantwortliche zu konkretisieren.

Auf der diesjährigen Vollversammlung der Bischofskonferenz Ende Februar in Vierzehnheiligen stand das Grundwertethema von neuem auf der Tagesordnung, und zwar in Form eines nun schon seit Jahren Tradition geworde-